

Erscheint
an allen Verkäufen.
Bezugspreis
vom 1. Juli 1921 an
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 50.—
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsboten 55.—
durch die Post 55.—

Berichter: 4246, 2278
3110, 3249.

Poznaner Tageblatt

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftseite im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 15.— M.
im Restlandteil 40.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Restlandteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czecowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Deutschlands öffliche Orientierung.

Im Verlag von Quelle & Meyer (Leipzig) ist ein Buch unter dem Titel „Niedergang und Aufstieg“ erschienen. Der Verfasser nennt sich nicht. Von einem Staatsmann sagt das Titelblatt: Sicher ist, daß es eine hervorragende Persönlichkeit ist, die hier auf Grund reicher weltpolitischer Erfahrung die Feder führt. Über die Hauptaufgaben der deutschen Außenpolitik läßt sich der ungenannte Verfasser etwa wie folgt aus:

Die Lage ist nach dem Kriege in bezug auf die allgemeine Politik Deutschlands trotz aller Verschiebungen doch ähnlich geblieben wie vor dem Kriege. Es besteht theoretisch die Möglichkeit einer „westlichen Orientierung“ und einer „östlichen Orientierung“, d. h. eines Zusammensegehens mit England und den an dieses ange schlossenen westlichen Mächten einerseits und eines Zusammensegehens mit Russland andererseits. Praktisch aber gibt es die Wahl nicht mehr, sondern Deutschland hat nur die Möglichkeit eines Zusammensegehens mit Russland. England hat dem Deutschen Reich durch seine Politik der Vernichtung alles deutschen Eigentums über See, der Wegnahme der Flotte und der Kolonien, der Austreibung Deutscher aus allen Gebieten, in denen der englische Einfluß vorherrscht, den Weg zur westlichen Orientierung verschlossen. Im übrigen wäre für ein mächtiges Deutschland vor dem Kriege vielleicht die Möglichkeit eines Zusammensegehens mit England gewesen. Ein ohnmächtiges Deutschland aber würde für die englische Politik nur ein Ausbeutungsobjekt sein.

Deutschland ist auf Russland angewiesen und Russland auf Deutschland. Nur die Verbindung mit dem großen Nachbarland im Osten kann es wieder unabhängig machen. Das gilt von der Politik ebenso wie von der Wirtschaft. Solange Deutschland von Russland durch einen feindlichen Polen hermetisch abgeschlossen ist, hängt es nicht nur für einen sehr großen Teil der für seine Industrie nötigen Rohstoffe, sondern selbst für einen Teil seiner Ernährung von der Entfernung ab. Eine Erneuerung der Blockade würde ihm den Lebensraum abschneiden. Eine Verbindung mit Russland wird im Laufe der Zeit, nachdem auch dieses Land wieder in normale wirtschaftliche Produktionsverhältnisse gelangt sein wird, den größten Teil dieser wirtschaftlichen Hemmnisse aus der Welt schaffen. Russland hat früher einen sehr bedeutenden Überschub an Nahrungsmittern erzeugt. Es besitzt einen großen Teil der von Deutschland benötigten, in Deutschland nicht oder nicht in genügender Menge vorhandenen Rohstoffe. Umgekehrt ist Russland durch seine wirtschaftliche Entwicklung auf Deutschland angewiesen. Es vermag weder Maschinen und sonstige Industrieprodukte genügend selbst herzustellen, noch kann es seine natürlichen Schätze entwickeln, ohne daß deutsche Techniker, Ingenieure usw. mitwirken.

Aber auch politisch würde sowohl die Stellung Deutschlands wie die Russlands gegenüber England und den Westmächten eine ganz andere werden. Deutschland kann nur mit den wirtschaftlichen Unabhängigkeit auch seine politische Unabhängigkeit wieder erlangen. Erst mit Russland als Rückhalt kann es wieder ein politischer Machtfaktor gegenüber den Westmächten werden, auch gegenüber England, das ja in Asien an Russland angrenzt. Außerdem stellt auch Russland einen ganz anderen Machtfaktor dar, wenn es die Möglichkeit hat, nötigenfalls seine Rüstung durch die Hilfe deutscher Technik vermehren zu können. — So sind Deutschland und Russland in der gegenwärtigen Weltlage mehr denn je aufeinander angewiesen. An sich war dies nach ihrer geographischen Lage wie nach der Entwicklung ihrer Bewohner auch schon früher der Fall. Eine richtige Politik beider Länder hätte bei dem ebenso auf der Natur der Dinge wie auf der Tradition beruhenden Verhältnis des Zusammensetzens verbleiben sollen. Wilhelm II. und mit ihm sein Volk haben es bitter büßen müssen, daß ersterer den ihm von seinem Großvater noch auf dem Totenbett gegebenen Rat, an Russland festzuhalten, außer acht gelassen hat.

Wie stellt sich Deutschland aber zu dem Bolschewismus, der gegenwärtig in Russland die Herrschaft hat? Es ist zweifellos eine außerordentlich schwere Gefahr. Aber der Bolschewismus ist eine geistige Bewegung. Er kann nur mit geistigen Waffen bekämpft werden, nicht durch territoriale Auseinandersetzung. Noch nie ist eine große geistige Bewegung durch äußere Mittel dauernd niedergehalten worden.

Eine territoriale Abschließung würde für Deutschland lediglich dauernde Abhängigkeit von den Westmächten bedeuten,

ohne gegen den Bolschewismus viel zu helfen. Es bleibt also gar keine Wahl, als mit den Leitern Russlands zu partizipieren. Die Gefahr, welche in der weiteren Verbreitung der bolschewistischen Ideen bei Deutschland liegt, muß es wohl oder übel in den Raum nehmen.

Man darf aber die Hoffnung begreifen, daß die bolschewistische Idee in Deutschland nicht die Oberhand gewinnt. Die Ereignisse der furchtbaren Wirkungen des Bolschewismus ist in die weitesten Kreise gedrungen. In dem gesunden Sinn der Masse des deutschen Volkes wird diese geistige Epidemie sich brechen. — Wir treffen jetzt wieder in manchen Kreisen auf Anschaunungen, die für Deutschland sehr gefährlich werden könnten. Die unltere Idee eines Nationalbolschewismus denkt an eine Bewertung der im Bolschewismus liegenden Kräfte zum Kampf gegen die Entente, jedoch unter Aufrechterhaltung der deutschen Nation. Dieser Gedanke ist Wahnsinn. Der Versuch seiner Durchführung würde die völlige Vernichtung des deutschen Volkes bedeuten. Deutschland würde zum Schauplatz eines in seinem Ausgang unabsehbaren Krieges zwischen Ost- und Westeuropa werden. Die Verhängung einer streitenen Blockade würde bei der gegenwärtigen Lage der Dinge einen großen Teil der Bewohner Deutschlands zum Hungertode verurteilen, das in dem folgenden Chaos selbst noch weniger produziert werden könnte als jetzt, und aus der darniederliegenden russischen Landwirtschaft keine Nahrungsmitte erhalten würde. Die Wirkungen des Bolschewismus im Lande selbst sind nach den grauenhaften Vorgängen in Russland gar nicht auszudenken. Also weg mit den verwegenen Gedanken einer Auseinandersetzung des Bolschewismus für nationale Zwecke!

Rumänien.

Keine Kriegsgefahr.

Warschau, 24. Juli. Aus Batare ist berichtet, daß das Kriegsministerium eine Reihe von Nachrichten aus Jassu über eine bedeutende Vermehrung der Sowjettruppen an der rumänischen Grenze erhalten hat. Da in verschiedenen Zeitungen in Verbindung mit dieser Tatsache alarmierende Nachrichten erschienen, erklärt das Ministerium das kein Grund zur Besorgnis vorliegt, da die rumänische Regierung schon entsprechende Vorbereitungen getroffen haben, die die Sicherheit des Staates verbürgten. Das Kriegsministerium bestätigt außerdem ganz lächerliche Informationen, daß die von der Sowjetunion vorgenommenen Transfokationen der Nojen-Truppen nur deshalb unternommen wurden, um die Versiegung dieser Truppen zu sichern, welche wegen der allgemeinen Missernte in Mittelrußland erschwert ist.

Die Abrüstungskonferenz.

Japans Bedenken gegen die Bestimmungen des Völkerbundvertrages.

London, 23. Juli. Wie auf der Völkerbundkonferenz in London bereits zutage trat, haben die Japaner verschiedene Bedenken gegen die Bestimmungen des Völkerbundvertrages in seiner jetzigen Form. Japanische Zeitungen berichten nun, daß die japanische Regierung beabsichtige, auf der nächsten Versammlung nachfolgende Änderungen zu beantragen.

1. Die französischen und englischen Texte des Vertrages werden miteinander in Übereinstimmung zu bringen sein und zwar in nicht weniger als 10 verschiedenen Punkten.

2. Nach der Meinung der japanischen Regierung ist der Vertrag bereits in einigen Punkten durch den Lauf der Ereignisse veraltet. Dazu sind verschiedene Bestimmungen nicht in Übereinstimmung mit der Tendenz des Völkerbundes. Japan wird den Antrag zur Revision des Vertrages in allen seinen Punkten stellen.

3. Japan hält es für erwünscht, daß im Vertrag der Tatsache Rechnung getragen werde, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe im fernen Osten ganz auf den Schultern Japans ruht.

Man glaubt in Japan, daß man bei der Zusammenziehung des Völkerbundes im wesentlichen den europäischen Interessen Rechnung getragen habe. Soll der Völkerbund sein Ziel nicht verfehlten, dann müsse er die ganze Welt umfassen und zugleich auch die Interessen der weit entfernten Gegenden und Länder in befriediger Weise berücksichtigen.

Die japanische Regierung wird auch in dieser Beziehung die nötigen Änderungen beantragen.

Newark, 23. Juli. (PAT.) Wie japanische Zeitungen melden, beschloß die japanische Regierung, an der Konferenz in Washington unter dem Vorbehalt, teilzunehmen, daß die Souveränitätsangelegenheit Japans und die Angelegenheit der Insel Yap von der Diskussion ausgeschlossen werde.

Newport, 23. Juli. (Reuter.) Wie verlautet, hat Präsident Harding beschlossen, daß der Senat in der amerikanischen Delegation für die Abrüstungskonferenz vertreten sein soll. Man nennt in Washington die Senatorn Lodge, Dorey und Morgan als Vertreter des Senats zur Konferenz für die Fragen des Stillen Ozeans und die Entwicklung.

Der Balkan will teilnehmen?

Rom, 23. Juli. (PAT.) Wie man hört, soll der Balkan Schritte unternehmen haben, die auf eine Teilnahme an der Washingtoner Konferenz hinzuweisen.

Der Krieg im Orient.

Der über die Lage in Anatolien und über die leute griechische Offensive befragte Tazzetti Pascha sprach sein Bedauern wegen des neuen Blutvergiebens aus und erklärte, daß der Eindruck der Verbündeten imstande wäre, den Krieg zu beenden, der nicht nur schädlich ist für Griechenland und die Türkei, sondern auch für die ganze Welt. Was die Gerüchte über ein Bündnis zwischen Angora und der Sowjetregierung betrifft, erklärte Tazzetti Pascha, daß die besiegt Türklen die übernommenen Verpflichtungen erfüllen werden, sich aber nicht den Einfüssen unterstellen können, die der wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches zum Schaden gereichen und einen Angriff auf das Souveränitätsrecht bedeuten. Tazzetti Pascha, der Ministerpräsident in Angora, erklärte einem Sabastorepondenten, daß er bereit sei, Verhandlungen mit jeder Regierung anzuknüpfen, die die Unabhängigkeit Angoras anerkennen würde. „Da die Sowjetregierung“, so sagt Tazzetti Pascha, „das Souveränitätsrecht aller Völker anerkannt hat, hat die Regierung Angoras mit den Sowjets wirklich freundliche Beziehungen angenommen.“

Athen, 23. Juli. (Telunion.) Das griechische Hauptquartier ist nach Autioha verlegt worden. Die Verluste der Türken bei Autioha sind sehr ernst. Eine Volksmenge brachte vor der englischen Gesandtschaft in Athen eine große Ovation dar.

Revolution.

Tel.-Komp. in London berichtet, daß in Indien, Ägypten und Arabien ein Aufstand gegen England ausgebrochen sei.

Aus Smyrna wird gemeldet, daß dort Gerüchte verbreitet sind, in Angora sei eine antisemitische Revolution ausgebrochen.

Aus Allahabad verlautet, daß 80 Abgeordnete des serbischen Parlaments eine England feindliche Kundgebung unterschrieben haben.

Berichte aus russischen Quellen sagen, daß in Südpersien ein Aufstand ausgebrochen ist, an dem auch die Bauern teilnehmen.

Ein russischer Angriff auf Indien.

Berat, 23. Juli. (Tel.-U.) In Afghanistan werden zurzeit 8 Divisionen russischer Infanterie und 3 Divisionen russischer Kavallerie zusammengetragen, ebenso finden in Turkestan starke russische Truppenkonzentrationen statt. Da gleichzeitig der russische Kommissar für den Orient Stalin in Kabul mit einer Division Reiterei eingetroffen ist, darf angenommen werden, daß es sich um Vorbereitungen für einen russischen Angriff auf Indien handelt.

Griechischer Kampfsbericht.

London, 24. Juli. (PAT.) Der griechische Kampfsbericht meldet einen vollständigen Sieg der Griechen über die Kemalisten. Die Reste der türkischen Armee fliehen in Unordnung und werden energisch von den Griechen in der Richtung nach Angora verfolgt. Die türkischen Verluste sind enorm. Der Pascha ist verwundet, der Kommandant des Stabes getötet.

Die irische Frage.

London, 23. Juli. (PAT.) Wie verlautet, bestand das Angebot, das Lloyd George De Valera in der gestrigen Verhandlung machte aus folgenden Punkten: Homerule auf der Dominionsgrundlage. Bürgerschaften für Ulster, bedeutende finanzielle Zugeständnisse. Maßnahmen zur Regelung des Verhältnisses zwischen der nördlichen und südlichen Regierung. Eine Einigung als Grundlage zu einer neuen Konferenz wurde nicht erzielt. De Valera wird heute nach Irland aufbrechen, um mit seinen Freunden zu beraten.

London, 23. Juli. (PAT.) Lloyd George und De Valera haben eine einstündige Konferenz abgehalten. Die Grundlagen, auf der die offizielle Konferenz sich stützen wird, sind noch nicht festgestellt. De Valera geht morgen nach Irland zurück, um sich mit seinen Kollegen vor der neuen Zusammenkunft mit Lloyd George zu verstehen.

Aus Oberschlesien.

Täglich laufen neue Nachrichten über den Termin der Tagung des Obersten Rates ein; eine widersprüche der anderen; es ist ein endloses Experimentieren, auf Kosten Oberschlesiens. Man gewinnt den Eindruck, daß in absehbarer Zeit an ein Zustandekommen der Konferenz nicht gedacht werden kann, weil Frankreich sehr viel daran zu siegen scheint, daß die Entscheidung möglichst lange hinauszögern wird. Sehr richtigcribri vor kurzer Zeit der „Corriere della Sera“: Oberschlesien ist keine europäische Frage, es ist eine europäische Schande. Briand geht, um die Konferenz unmöglich zu machen, einfach auf Urlaub. Und unterdessen bereitet sich in aller Stille, mit Zustimmung der Franzosen, ein neuer Aufstand vor.

England verharrt auf seinem Standpunkt und scheint diesmal nicht gewillt zu sein, den französischen Wünschen nachzugeben. So wird aus London gemeldet:

Das englische Kabinett hielt gestern eine Sitzung ab, um zu der jüngsten Note der französischen Regierung Stellung zu nehmen. Es herrscht unter den Mitgliedern Einigkeit darüber, daß die Entsendung neuer alliierten Truppen, namentlich französischer, nach Oberschlesien: dortige deutsche Bevölkerung zur Bergwerfung bringen könnte, deren Nationalgefühl ohnehin durch die bisherige Politik der Alliierten schwer getránt sei. Überdies habe Großbritannien keine Truppen für diesen Zweck zur Verfügung. Die Frage der Entsendung französischer Truppen nach Oberschlesien könnte nur durch den Obersten Rat entschieden werden. Die Zeit zur Lösung der oberschlesischen Frage sei günstig. Eine Sachverständigenkommission könnte kein neues wesentliches Material mehr beibringen. Die Angelegenheit sei durchaus spruchfrei und müsse deswegen unverzüglich erledigt werden, weil die britische Regierung sich in nächster Zeit mit anderen Angelegenheiten zu beschäftigen habe. Weiter versichert man an ständiger Stelle, daß die englische Regierung auf die französische Note entweder durch eine Mitteilung an die Presse oder durch eine Erklärung im Parlament antworten wird.

Trotz dieses bestimmten Tones muß man befürchten, daß Frankreich, wie in allen bisherigen ähnlichen Fällen, auch diesmal wieder siegen wird. Es wird einfach keine Vertreter zur Konferenz absenden, falls England auf eine solche bestehen sollte, entstanden. Lloyd Georges soll sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, die Konferenz erst Ende August oder Anfang September stattfinden zu lassen.

Zwischenhandelt Frankreich auf eigene Faust in Oberschlesien, ohne die Stellungnahme Englands und Italiens abzuwarten. Eine weitere französische Division soll nach Oberschlesien unterwegs sein; auch Sachverständigen hat Briand schon ernannt, obwohl England ausdrücklich erklärt hat, daß der Zusammentritt einer Sachverständigenkonferenz völlig überflüssig ist.

Breslau, 23. Juli. (Deutsche Allg. Zeit.) In einer Protestversammlung in Breslau teilte Dr. Kleinert mit, es stehe fest, daß die Polen und Franzosen entschlossen sind, Oberschlesien gewaltsam in ihre Hände zu bekommen. Überall da, wo die Franzosen als Besatzungsbehörde liegen, über die Aufstandsbehörden ihres ungeklärten Amts weiter aus. Ein polnisch-französischer Aktionsausschuß ist am 10. Juli 21 auf Veranlassung Korfants gebildet worden. Er hat die Aufgabe, die Franzosen zu unterstützen in allen Ortschaften Ortswehren zu gründen, und sämtliche Zivilverwaltungsbehörden, sowie die Gruben- und Polizei-Verwaltungen zu überwachen.

Entfernung mischliebiger Deicher.

Breslau, 23. Juli. (Morgenblätter.) Die „Schlesische Landeszeitung“ bringt einen Aufsehen erregenden Artikel, wonach neuerdings oberschlesische Deutsche geheimnisvoll verschwunden und zwar handelt es sich vor allem um Angehörige des Selbstschutzes oder sonst Deutschgesinnte, die politisch hervorgetreten sind. Jetzt ist festgestellt worden, daß unter Leitung eines französischen Hauptmannes namens Erhardt ein französisch-polnisches Geheimkommando mit einem Oberinspektor und 50 Agenten mischliebige Personen ohne Aufsehen geheimnisvoll verschwinden läßt. So berichtet die „Schlesische Landeszeitung“, daß auf diese Weise etwa 15 Personen spurlos verschwunden sind und zwar aus den Kreisen Rossl, Gleiwitz und Neukirchen, die darüber von den Tageszeitungen gebrachte Nachrichten werden von der Presse restlos gezeichnet.

Ein französischer Ministerrat.

Über den Ministerrat, der am Donnerstag in Rambouillet abgehalten wurde, ist nur ein trockener Bericht ausgegeben worden. Briand hat 1½ Stunden lang über die Situation gesprochen, aber was er gelagt hat, wird nicht erwähnt. Hingegen gibt der „Temps“ einige Andeutungen über den Inhalt der Mitteilung, welche die interalliierte Kommission an den Ministerrat gelangen ließ. Diese Mitteilung wird von England und Frankreich verschieden ausgelegt. Die französische Regierung sagt, daß die Kommission auf eine rasche Verbindung von Verstärkungen den größten Wert legt. Die englische Regierung will, daß vor allen Dingen eine schnelle Entscheidung verlangt wird. Nach dem „Temps“ soll die Kommission folgende Feststellungen gemacht haben:

1. Die Lage in Oberschlesien ist ernst.
2. Solange nicht eine endgültige Lösung erfolgt, wird die Situation nicht besser.
3. Die Kräfte, über die die Kommission verfügt, sind ungereichend nicht nur, um eine Erhebung niederguzulassen, sondern auch, um in dem ganzen Gebiet die Ordnung aufrechtzuerhalten.
4. Je länger man zögert, desto dringender werde die Notwendigkeit Verstärkungen zu entrichten.

Die französische Note.

Das „Petit Parisien“ teilt aus dem Inhalt der französischen Note folgendes mit:

„Es kann in Frankreich nicht vergessen werden, daß von den 19 500 Mann, die die alliierten Effektivtruppen in Oberschlesien darstellen, 12 000 Mann Franzosen sind, während Italien nur 540 Soldaten und Großbritannien im Höchstmaße 3200 Mann stellt. Sollte es zu neuen Unruhen kommen, so würden die französischen Truppen infolgedessen die schwerste Aufgabe auf sich nehmen müssen.“

Die Antwortnote betont insbesondere, daß die französischen Soldaten durch eine überreiche Lösung in eine noch schwierigere Lage gebracht werden würden. Infolgedessen verlangt die französische Regierung erneut von dem Kabinett in London, es möge der sofortigen Entsendung der verlangten Verstärkungen zustimmen und weiter ohne Verzug technische Sachverständige bezeichnen, die während der Zeit, wo die Truppen auf dem Wege nach Oberschlesien sind, sich über die deutsch-polnische Grenzziehung einigen können. In diesem Falle würde dann nichts mehr dem sogenannten Zusammensetzen entgegenstehen.

Frankreich verlangte Frist für die Einberufung des Obersten Rates. Die guten Resultate des alliierten Abkommens vom Mai über die Reparationen zu zerstören droht. Die "Times" erklärt, daß die Meinungsverschiedenheiten, die der Notenwechsel aufgedeckt hat, eine schnelle Lösung des oberschlesischen Problems nicht verhindern dürfen.

Englische Warnung in Paris.

Der englische Botschafter in Paris wurde angewiesen, die französische Regierung nicht darüber im Zweifel zu lassen, daß London sich ein fait accompli in Oberschlesien nicht gefallen lassen werde.

Verond abgereist.

Wie aus Oppeln mitgeteilt wird, hat General Verond in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag Oberschlesien verlassen. Er ist über Prag nach Paris abgereist.

Amtliche Kommentare der Interalliierten Kommission liegen bisher über diese Abreise nicht vor. Bekanntlich wurde in der französischen Presse behauptet, daß Verond sich einer Operation unterziehen müsse, oder daß er einen Urlaub antreten wolle.

Bericht der interalliierten Kommission.

Der "Petit Parisien" gibt den Inhalt der gemeinsam verfaßten Note der drei alliierten Kommissare in Oberschlesien an die Botschaftskonferenz wieder. Danach sind die Kommissare einstimmig der Ansicht, daß die Entfernung von Verstärkungen eine Notwendigkeit ist, wenn man die Wiederkehr von Unruhen — sei es seitens der Deutschen, sei es seitens der Polen — verhindern wolle. Gleichzeitig mit der Überprüfung dieser Verstärkungen wird verlangt, daß die oberschlesische Frage so schnell wie möglich geregelt wird, um ein weiteres Umlaufereisen der bevorstehenden Unruhen zu verhindern. Die drei Kommissare machen in ihrem Bericht weiter darauf aufmerksam, daß wesentlich es sei, ein derartiges Problem in einem Lande in der Schwere zu lassen, wo trotz der getroffenen Maßnahmen die beiderseitigen Bevölkerungen nur ungerecht entwaffnet seien.

Corriere della Sera über Oberschlesien.

Am 23. Juli. (PAT.) "Corriere della Sera" bringt einen Artikel über Oberschlesien in dem er die Grundlagen einer Teilung Oberschlesiens anerkennt. Die Zeitung ist gegen eine Elegierung der oberschlesischen Frage auf Grund der allgemeinen Zustände, da die Polen eine Mehrheit besitzen, welche die Kreise Rybnik, Blech, Beuthen, Land, Katowitz, Land und Zabrze umfassen. "Corriere della Sera" sieht den Vorschlag des Grafen Sforza für einen sich der Gerechtigkeit am meisten nährenden Vorschlag an. Er nimmt jedoch an, daß dieser Vorschlag die Einheit des Kohlegebietes vernichtet, die Deutschen enttäuscht und die Polen nicht zu zufriedenstellen. Wenn Brian d., so schreibt die Zeitung, weiter auf der Politik beharrt, die er in Wiesbaden begonnen hat, so wird er Polen nicht mehr geben können, als die Kreise Blech und Rybnik. Wenn er jedoch, wie es scheint, einen anderen Weg geben will, so ist es sehr wahrscheinlich, daß er Deutschland schwächt und aufreizt. Der italienische Vorschlag kann pro bono pacis angenommen werden, aber der Friede ist zu stande, wird unsicher sein. Datum ist es auch möglich, daß der Gedanke eines vorläufigen autonomen Staates siegt.

Keine amerikanische Intervention.

Das Staatsdepartement in Washington teilt mit, daß es nicht aufgefordert worden sei, in der oberschlesischen Frage zu intervenieren, und erklärt, daß die Veränderungen im umstrittenen Gebiet nicht bedeutsam genug seien, um die Regierung zu veranlassen, von sich aus eine Intervention in Erwägung zu ziehen.

Ein Kompromiß.

London, 23. Juli. (PAT.) Die Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris über die Konferenz des Obersten Rates in der oberschlesischen Frage wird wahrscheinlich auf einem Kompromiß-Wege beigelegt werden und zwar in der Weise, daß die Konferenz in den ersten Tagen des August zusammenberufen wird.

Die neue Kriegsgefahr.

Danzig, 25. Juli. (PAT.) Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die Nachricht von der Mobilisierung von sieben Jährigen in Sonderland wird offiziell von der Moskauer "Iswestja" bestätigt. Die Zeitung führt aus: Die Sowjetregierung bestätigt, daß sich gegen Russland ein neuer Krieg vorbereite. Das Verhalten sogar der Regierungen, die mit Russland Verträge geschlossen haben, widerspricht allen internationalen Gesetzen. Auf die Note, welche Russland an Polen gesandt hat, antwortet England, daß Rumänien die Revolutionsaktion stützt und daß die slawischen Länder bei jeder Gelegenheit der Sowjetregierung Schwierigkeiten machen. "Berlingske Tidende" bringt den Artikel der finnischen "Uusti Suomi", welche die Zusammenfassung der finnischen Regierung auf die Gefahren lenkt, die Finnland durch die Mobilisierung Russlands drohen und fordert von der finnischen Regierung entschiedene Auflösung über die Verteidigungsmittel gegen Russland. Die genannte Zeitung sagt am Schluß: Die Gefahr, die gegenwärtig Lettland und Estland droht, droht im gleichen Maße auch Finnland und muß einen Hauptgegenstand der Beratungen bilden, die in den nächsten Tagen in Helsingfors zwischen den Außenministern Polens, Estlands und Lettlands beginnen.

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Er fragte sie, ob sie eine halbe Stunde Zeit für ihn habe und unterstützte seine Frage mit einem Fünf kronen-Schiff.

Ja, die Kathi hatte Zeit für ihn.

Dass sie ein intelligentes Mädchen sei, bewies sie schon damit, daß sie es ihrem Herrn meldete, Herr von Horst wolle mit ihr reden.

"Schon gut," rief Kreindorfer heraus.

Sie hatte ihm die Meldung vom offenen Gangfenster aus in den Hof hinuntergerufen und hatte sich und Horst damit eine gewisse Ruhe geschaffen.

Zest führte sie Horst in das zurzeit unbewohnte Zimmer Nr. 10 und bot ihr da einen Stuhl an.

Die Tür des Zimmers stand weit offen.

Horst sowohl als auch Kathi konnten von ihren Plätzen aus den Gang und die Stiege sehen. Der Herr Ingenieur begriff erst im Verlauf seines Beisammenseins mit Kathi, worum diese die Tür so weit hatte offen stehen lassen, und ebenso begriff er nicht sofort die Ursache ihrer Besprechtheit.

Seine Situation aber begriff er und begann sie auszunützen. Er stellte ziemlich geschickt ein richtiges, sich rasch abwickelnde Verhör mit Kathi an.

"Also, liebes Kind," begann er, "was denken Sie über Bergers Tod?"

"Na, ein Raubmord ist es. Die Uhr ist doch weg und der Täter ist durch das Fenster im Speisesalon entkommen. Niemand kann mir es sich nicht denken."

"Hat Herr Berger nicht mit jemandem einen Streit gehabt?"

Weißruthenien und General Želigowski.

Berlin, 23. Juli. (PAT.) Ein Funklyrik aus Warschau meldet: Weißruthenien habe an General Želigowski in Wilna den Krieg erklärt. Das Weißruthenische Pressebüro, daß diese Nachricht verbreitet, erklärt, eine direkte Bestätigung liege nicht vor. Die Meldung hänge wohl mit dem Memorandum zusammen, daß Weißruthenien an den Kongress der dritten Internationale in Moskau gerichtet habe.

Die deutsch-polnische Konferenz.

Riga, 23. Juli. (PAT.) Am 20. Juli wurde durch den Ministerpräsidenten Meierowitsch die deutsch-polnische Konferenz eröffnet. Es wurden drei Unterausschüsse zur Prüfung von 1. wirtschaftlichen Angelegenheiten und Angelegenheiten von Warenkrediten. 2. Vertragsangelegenheiten. 3. Angelegenheiten rechtlicher Natur gebildet.

Riga, 23. Juli. (PAT.) In der lettisch-deutschen Konferenz in Riga wurde eine Vereinbarung über den deutsch-polnischen Warenverkehr über Litauen erzielt. Alle vorbereiteten Arbeiten werden bis September beendet sein.

Aus Helgoland.

Danzig, 24. Juli. Es bestätigt sich die Nachricht, daß England beabsichtigt, Helgoland zu erwerben. Im Zusammenhang damit traf der Chef des technischen Marinekommandos der englische Admiral Steward in Helgoland ein, und beschloß drei Tage lang die Insel. Es herrschte die Ansicht, daß Admiral Steward der englische Delegierter im Pöllerbund, in der Seeterritorialität den Antrag gestellt hat.

Italien.

Neue Kämpfe zwischen Fasisten und Kommunisten.

Triest, 23. Juli. (PAT.) In Triest und in Udine kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Fasisten und Kommunisten. In Triest entfernen die Fasisten alle Gedächtnismedaillen der früheren klerikale Bürgermeister zur Erinnerung an den Einzug der Österreichischen nach dem Sturz Napoleons. Die Fasisten waren Bomben gegen das katholische Vereinslokal. Ein Kommunist wurde getötet, mehrere verwundet.

Das Vertrauensvotum für die Regierung.

Rom, 23. Juli. (PAT.) Die Kammer sprach mit großer Mehrheit gestern der Regierung das Vertrauensvotum aus. Nur die Sozialisten, Fasisten und Kommunisten sowie ein paar Republikaner stimmten dagegen.

Ein Abkommen zwischen Fasisten und Sozialisten.

Rom, 23. Juli. (PAT.) Die Fasisten und Sozialisten nahmen den Vorschlag Bonomis an. Beratungen wegen Abschluß eines Abkommen aufzunehmen, die als Zweck die innere Verbindung des Landes haben sollen. Beide Parteien machten konkrete Vorschläge. Die Bonomi prüfen wird, um dann zur Feststellung des endgültigen Textes eine Konferenz einzuberufen.

Neue Kämpfe in Marokko.

Paris, 24. Juli. (PAT.) "Journal" berichtet aus Madrid, daß dort erste Nachrichten über die Lage in Marokko eingetroffen sind. Gewaltige Massen von Araben haben die vorgeschobenen französischen Stellungen bei Melilla angegriffen. Es kam zu blutigen Kämpfen die weiter dauern. Man spricht von Hunderten von Toten und Verwundeten. Unter den Verwundeten soll sich auch General Silvestre befinden, der nach anderen Nachrichten sich selbst das Leben genommen haben soll.

Politische Tagesneuigkeiten.

Selbstmord des bayerischen Ministers Frauendorff. Der bayerische Minister Frauendorff hat Selbstmord verübt. Über die Gründe sind widerstreitende Gerüchte im Umlauf. Nach einigen Gerüchten soll der Grund in der Aufdeckung eines Skandals, die dem Minister drohte, sein; nach anderen soll ihn die Lage, in die er durch Veröffentlichung verschiedener politischer Dekrete gekommen ist, zum Selbstmord getrieben haben.

Ein Ministermord. Gestern wurde der gewesene Minister des Innern Dr. Rossekewic in Dolnic, wo er mit seiner Familie auf Sommerfrische weilte, auf einem Spaziergang von einem zwanzigjährigen Arbeitsburschen durch Revolverschläge ermordet. Der Attentäter wurde sogleich verhaftet und gab an, daß er von einem kroatischen Studenten zur Tat bewogen worden sei. Der Student wurde gleichfalls in Lagram verhaftet. Es wird angenommen, daß es sich um den Nachahmer eines Kommunisten gegen die Kommunisten handelt.

Aus dem fernen Osten. Die chinesische Regierung hat die japanische Regierung zu einer gemeinsamen Konferenz nach Peking eingeladen um die Fragen des ferneren Ostens zu besprechen.

Moskau in Rom. Gestern ist der tschechoslowakische Präsident Masaryk in Rom angelommen und vom König empfangen worden.

Republik Polen.

Skirmunt über außenpolitische Fragen.

Warschau, 24. Juli. In der heutigen Pressekonferenz gab der Minister des Auswärtigen Skirmunt nachstehende Informationen:

1. Über die Ankunft des tschechischen Ministers für Handel und Gewerbe Gotowez. Gotowez kam geheimen aus einer Initiative, um eine Verständigung zweier Verhandlungen mit der Tschechoslowakei und Polen anzubahnen. In den Konferenzen zwischen Gotowez, Steczkowski, Skirmunt und Strasburger entstand die Skizze der wahrnehmlich im September beginnenden Verhandlungen. In der Unterredung mit Gotowez erklärte Skirmunt, daß das Handelsabkommen nicht von der Gesamtheit der Angelegenheiten, die zu regeln sind, losgelöst werden soll, mit anderen Worten, zwischen der Tschechoslowakei und Polen müßte es gleichzeitig zu einer politischen und wirtschaftlichen Verständigung kommen. Es gibt eine Reihe gemeinsamer Angelegenheiten, u. a. Transitzonen und die Zusammenarbeit beider Staaten gegen Russland.

2. Zur oberschlesischen Frage übergehend, erklärte Minister Skirmunt, daß Frankreich die Vertragung in dieser Angelegenheit fordert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Deutschen und die Barden Höfers (!) noch nicht ganz entwaffnet sind. In Frankreich ist man der Meinung, daß die künftige Entwicklung Deutschlands nicht zufriedenstellend und von Deutschland nicht geachtet wird. Deswegen beschloß Frankreich eine Verstärkung der bewaffneten Kräfte in Oberschlesien. Die Vertragung der polnischen und wirtschaftlichen Verständigung kommt. Diese Verzögerung ist Polen mit Rücksicht auf die nichtfriedliche Lage in Oberschlesien e wünscht. Sicher ist jedoch, daß der polnische Aufstand in Oberschlesien sich nicht wiederholen wird. Was den Standpunkt Italiens in dieser Angelegenheit betrifft, so hat sich dieser in letzter Zeit geändert und die gegenwärtigen Informationen laufen günstig. Die Deutschen nehmen eine einheitliche Front ein, die an ihren Forderungen festhält.

3. Die Abfahrt des Botschafters Gabaski nach Helsingfors hat nach den Aussagen Skirmunts informatorischen Charakter. Es besteht kein Zweifel, daß Lettland, Litauen und Estland zu einer Verständigung geladen sind; der Anfang dieser Verständigung ist jedoch noch nicht genügend bekannt. Das Verhältnis Polens zu den baltischen Staaten kann nicht vor der Regelung des tschechischen Angelegenheit festgesetzt werden. Am Schlus sage der Minister, daß auf dem Wege des Notenaustausches zwischen der tschechischen und polnischen Regierung das Optionsrecht des Oberschlesiens bis August 1925 verlängert wurde.

Der polnische Gesandte in Berlin. Wie der "Dienst Berliner" erklärt, wurde eingerufen der Nachricht über die Ernennung des Botschafters Strasburger zum Gesandten in Berlin, der bisherige Delegierter der polnischen Regierung bei der Verteilung des früheren deutschen Eigentums in Danzig. Maedyski, zum polnischen Gesandten in Berlin ernannt. Maedyski war während des Krieges vorübergehend österreichischer Minister.

+ Lehrverlagsgesetz. Verschiedene Warschauer Zeitungen bringen die Nachricht, daß die pensionierten Volksschullehrer nicht die ihnen zustehende Pension auf Grund der polnischen Pensionsgesetzes erhalten werden. Deswegen bestätigt das Finanzministerium, daß unter die pensionierten Beamten der ehemaligen Teilstaaten gleichfalls die Lehrer der Volksschulen in allen drei Teilstaaten fallen. Nähere Einzelheiten und Bedingungen werden die entsprechenden staatlichen Vertragsverträge bringen.

Feierliche Versprechungen.

Unter dieser Überschrift schreiben die "Deutschen Nachrichten" aus Bromberg:

Das Schicksal der ehemaligen preußischen Domänenpächter in Polen ruft die Erinnerungen an die Umstände wach, unter denen die Gebiete der Provinzen Westpreußen und Posen vom Deutschen Reich losgetrennt wurden. Einer der Männer, der auf deutscher Seite damals für ein künftiges friedliches Nebeneinanderleben bei den Nationen hervorragend tätig war, Professor Löwe aus Thorn, bringt in der "Posseischen Zeitung" einen wertvollen Beitrag über die polnische Politik den deutschen Minderheiten gegenüber.

Im Junc 1919 hatten sich Abgeordnete vom Deutschen Volksrat aus Posen und Westpreußen nach Warschau begeben, um mit der dortigen obersten Vertretung, der obersten Revolutionsbehörde Polens, eine Vereinbarung zur Verhütung neuen Blutvergiebens zu treffen. Gemeinsam erließen die polnischen und deutschen Börsenräte daraufhin eine Proklamation an die polnischen Bürger deutscher Nationalität, in denen ihnen volle Gleichberechtigung und Schutz des Eigentums versprochen wurde. Vor allem hieß es in der Proklamation, daß alle wohlerworbenen Rechte der Bürger, auch die aus Pachtverträgen, gewahrt seien und unterschrieben werden. Der Aufruhr von den Mandataren der Regierung der Republik Polen, unter denen sich auch der Name des Herrn Korfandy befand. Gerade Korfandy hatte überwiegenden Einfluß bei der Abfassung dieser Proklamation, und vor ihm ging auch die Anregung aus,

"So ist's. Alle anderen Nächte hat er bei uns geschlafen, seit er hier baut. Das Haus muß nämlich sehr schnell fertig werden, und deswegen war er gar so hinter seinen Leuten her. Nebrigen möcht' es mich nicht wundern, wenn einer von denen ihn umgebracht hätte. Ist's doch in einer Nacht geschehen, in der man hat meinen können, daß er viel Geld bei sich hat."

"Er hat es doch immer von Herrn Kreindorfer verwahren lassen!"

"Das wissen nur wir Hausleute."

"A ja!"

"Darum ist's recht gut möglich — —" "Es hat's seiner vom Bau getan," sagte Herr von Horst mit einer ihm unbewußten Bestimmtheit. Erst als Kathi ihn sehr verwundert mit großen Augen anschaut, bekam er sich und setzte ein wenig verwirrt hinzu: "Ich wenigstens glaube es nicht — wiewohl — natürlich habe ich keinen Grund zu dieser Annahme."

Das Letzte gesprochene hörte Kathi nicht mehr. Draußen war eine Tür gegangen, ließen sich Schritte hören und rief einer nach: "Kathie!"

Sie eilte hinaus. (Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

— Übergabe kolonialer Kunstsäcke. Mit dem englischen Dampfer "Viola" sind aus London durch Vermittlung des deutschen Botschafters Stahmer an die Hamburger Polizeibehörde Kunstsäcke und Standbilder geschickt worden, die in unseren Kolonien aufgestellt waren. Es handelt sich um das überlebensgroße Bronzedenkmal von Wizmann, das in Daresalam gestanden hat, um einen lebensgroßen Bronzeaskari aus Bagamoyo, einen Bronzelöwen in Lebensgröße und um eine Büste Bischofs in Marmor.

— Japan und die deutsche Wissenschaft. In Tokio übergeben Professor Terasawa namens 500 japanischer Ärzte, die ihre Studien in Deutschland machten, dem deutschen Botschafter 480 000 M. als Stiftung für die medizinischen Fakultäten deutscher Universitäten bestimmt wurden.

der Delegation der gemeinsamen Volksräte einen Empfang bei Bilsudski zu verschaffen. Bilsudski war zwar nicht anwesend, in seiner Vertretung empfing aber der damalige Innensenator Wojciechowski die Deputation und bestätigte die abgegebene Erklärung durch einen Handschlag. Deutsche und Polen, die anwesend waren, hatten den Eindruck eines historischen Augenblickes und traten die Heimreise in dem Glauben an, daß die Zukunft sich günstiger gestalten werde. Die Proklamation hatte auch Erfolg und die Räumung Westpreußens konnte sich ruhig vollziehen.

Bei diesem denkwürdigen Empfang hatte Justrat Löwe eine Unterredung mit Korsanty, der ihm wördlich sagte: „Ich verstehe, daß unser bisheriges Verhalten sie argwöhnisch machen kann. Ich für meine Person habe zunächst das Ziel der Einigung Polens vor Augen. Nachdem diese erreicht ist, werde ich alles daran setzen, um die Gegensätze zwischen beiden Nationen zu mildern.“ Korsanty bezeichnete ausdrücklich die Erhaltung der Intelligenz im Lande als unbedingt erforderlich, um die hohe Kultur der früheren deutschen Gebiete aufrecht erhalten zu können.

Heute erklärt nun der polnische Staat im Gegensatz zum ausdrücklichen Wortlaut des in der feierlichen Proklamation vom Juni 1919 gegebenen Versprechen die Verträge der Domänenpächter für null und nichtig. Es drängt sich daher die Frage auf, wie der polnische Staat die anderen gegebenen Versprechen einlösen und wie er die Verpflichtung halten wird, die er im Vertrag über den Schutz der Minderheiten vor aller Welt übernommen hat.

Ungewöhnliche Hitze und Trockenheit in der ganzen Welt.

Die Lage in den Hungergegenden des Wolga- und Kama-gebietes ist infolge der andauernden Hitze und Trockenheit entsetzlich. Der Erdboden zeigt an vielen Stellen große Risse. Die Bäume sind entblättert, das Vieh ist zum größten Teil ausgezehrt. Die Feuerbrünsten vernichtet. Die Brunnen und Flüsse sind austrocknet. Die Bevölkerung flüchtet nach allen Wiederkünften.

Mit Mühe ist es gelungen, einen Teil der Flüchtlinge nach Sibirien und Turkestan zu leiten. Unterwegs ernähren sich die Flüchtlinge von Gras und Baumrinde und anderen kümmerlichen Nüssen der Vegetation. Die Bevölkerung der Nachbargebiete bewacht die Landstraßen, um eine Besitzergreifung ihrer im Korn befindenden Felder durch die hungrigen Flüchtlinge zu verhindern. Hierbei ist es bereits zu Raubmordstößen gekommen.

Die Petersburger „Krasnaja Gazeta“ verlangt energische Maßnahmen, um der Not umgehend entgegenzusteuern, da die Lage überaus ernst sei. Die Moskauer „Iswestija“ fordert, daß man die hungrige Bevölkerung vor dem Tode und die Landwirtschaft vor dem gänzlichen Untergang rette.

In der Pfalz und in Nordbayern muß infolge der dort herrschenden großen Dürre der Viehstand zu Schleuderpreisen abgesunken werden. Von der Regierung wird Abhilfe verlangt durch Abgaben von Frisch- und Trockenfutter.

Durch eine Feuerbrunst wurden in dem fülländischen Dorf Pinstrup fünf Bauernhäuser und acht Nebengebäude sowie die Schule des Ortes vernichtet. Mehrere Personen erlitten schwere Brandwunden. — Im nordischen Jütland bei Herning ist infolge der Dürre ein großer Heidebrand ausgebrochen, von dem mehrere Dörfer schwer bedroht sind.

Der „Vorarlberger“ meldet aus Rotterdam: Die Trockenheit in Holland ist so groß, daß man jetzt das Flußbett der Maas bei Nordbrabant zu Fuß durchwaten kann. Die Schifffahrt liegt dasaieder.

In New York sind bisher 300 Menschen infolge der Hitze gestorben. Gestern früh ist aber ein Bitterungsumschlag eingetreten.

In ganz Holland herrscht eine katastrophale Hitze. Die Flüsse trocknen aus. Im Flußbett der Maas spielen Kanonen Fußball.

In ganz Frankreich herrscht ungewöhnliche Hitze und Trockenheit. Die Niederschläge in der Zeit vom 22. Mai bis 15. Juni betragen kaum 2 Millimeter. Die meteorologischen Blätter notierten eine ähnliche Trockenheit schon seit über 50 Jahren nicht mehr.

In England herrscht so große Hitze, daß die Londoner Einwohner nachts in die Keller hinausfließen, von wo sie am Morgen mit der Bahn zurückkehren. An den ausgetrockneten Flußmündungen liegen haufenweise Fische und andere Fische. Die Ernte rückt um 4 bis 6 Wochen früher eingebrochen.

Arbeiterbewegung.

Die Saat des bolschewistischen Ackerland geht glänzend auf in allen Ländern der bewohnten Erde. In geschlossener Einheit folgen die Arbeiterorganisationen den Weisungen ihrer Lehr- und Brüder, deren Sitz Moskau ist. Und diese Herren arbeiten nach dem Programm: „wer gut schmiert, der gut fährt.“ Und das Schmiern versteht man in Moskau ja ausgezeichnet. Gedankenlos glauben die Arbeiter den Versprechungen, die ihnen „Brot und Spiele“ und nicht zuletzt die Freiheit bringen sollen. Sie wollen es scheinbar nicht wissen, daß jene Männer, die ihnen das Paradies auf Erden versprechen, in ihrem eigenen Lande einen Zustand geschaffen haben, dessen jüngste Auswüchse Hungerkatastrophen in weitestem Umfang sind. Aber die Gold- und Silberbuben des Sowjets sind stärker als alle Viermunt. Sie rollen an allen Enden der Erde und bewirken das, was die Sowjets nur allzu sehr wünschen: Stilllegung der Betriebe, Streiks. Man streift auf Gütern, in Fabriken, Bergwerken und Unternehmen aller Art.

Die ständige Verteuerung der Lebensmittel, die der Städter dem Bauer, der Bauer dem Städter zuschiebt, entfacht täglich neue Streikwellen. Der „Vorwärts“ spricht in einem Artikel „Teures Brot“ über heftige Gehaltsforderungen der Beamten und Arbeiter und betont darin, daß die geplante Brotverteuerung neue Lohnkämpfe der Arbeiter und neue Gehaltsforderungen der Beamten zeigen wird. Der Mittelstand wird jämmerlicher als je zuvor darben. Der Artikel schließt: „Bürger haben noch die Gewerkschaften das Wort. Wir hoffen, daß es ihnen gelingen wird, dem Arbeitervolk neues Elend zu ersparen. Ihre Aufgabe wird es sein, wenn nötig, die politische Macht der breiten Massen in Deutschland zu Hilfe zu rufen.“

Diese Streikbewegungen machen sogar vor den Krankenhäusern nicht Halt, und ihre Führer kümmern sich weder um operationsbedürftige Kranke, noch um linderungsleidende Sterbende. Um Gehaltsaufbesserungen zu erzielen, geht man über Leichen.

So wird uns aus Berlin gemeldet, daß die Volontärärzte den Beschluß gefaßt haben, in den Ausstand zu treten. Der Streik ist berechtigt, denn niemand wird heute so schlecht bezahlt, wie der Akademiker.

Wie schlimm es mit diesen Lohnbewegungen stehen muß, geht daraus hervor, daß die Gewerkschaften erklären, daß infolge der Brotpreiserhöhungen an einen Lohnabbau in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Andere Meldungen aus Deutschland besagen, daß die gesamte Rheinschiffahrt still liegt, weil am 20. Juli auch das Frankfurter Maschinen- und Heizerpersonal in den Ausstand getreten ist.

Aus Saarbrücken meldet die Frankfurter Zeitung, daß außer der Arbeiterschaft des Baugewerbes nun auch die Malergehilfen beschlossen haben, in den Ausstand zu treten. Das gesamte Personal der Maschinenfabrik Ehrhardt ist gleichfalls in den Ausstand getreten.

Der Landarbeiterstreik im Kreise Greifswald hat sich auch auf die Kreisnägen ausgedehnt, wo die Landarbeiter auf 21 Gütern die Arbeit niedergelegt haben. Es sollen dem Streik keine Lohnforderungen zugrunde liegen, sondern die Ausständigen verlangen

Wiedereinstellung des kommunistischen Kreistagsabgeordneten Kasch.

Zu Prag hat der Bankverband die Verhandlungen mit den streitenden Beamten, die beschlossen haben, bis zum endgültigen Sieg im Kampf zu bleiben, abgebrochen. Nachrichten der „Teleunion“ besagen, daß auch in Warschau sich wieder die Streiklust bemerkbar zu machen beginnt.

Es finden Versammlungen des Verbundes der städtischen Arbeiter statt, auf denen die wirtschaftlichen Forderungen und die damit im Zusammenhang stehenden Schritte der Arbeiter besprochen wurden. Die Arbeiter verlangen eine Lohnhöhung von 50% ab 1. Juli. Nach längeren und erregten Debatten wurden zwei Resolutionen angenommen. In der einen wird die Haltung des Magistrats verurteilt, in der anderen die einen ultimativen Charakter trägt, wird damit gedroht, daß, wenn der Magistrat im Laufe von sechs Tagen keine endgültige Stellung zu den Forderungen der Arbeiter genommen haben wird, die Arbeiter von allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bis zum Streik Gebrauch machen werden.

Sonntagnachmittag haben die Gewerkschaften in Nordpommern den Generalstreik erklärt. Auch die Eisenbahner drohen mit Streik und man erwartet in Danzig für die nächsten Tage die Einholung des gesamten pommerschen Eisenbahnverkehrs. In der Thüringer Gegend ist ein großer Landarbeiterstreik ausgebrochen. In verschiedenen Orten Nordpommerns kam es zu Zerstörungen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 25. Juli.

Die Not der Hypotheken- und Kriegsgläubiger.

In den „Danziger Neuest. Nachrichten“ finden wir folgende Aufschrift eines Kleinrentners aus Pommern, die die auf dem obigen Gebiet nicht nur in Pommern, sondern im ganzen ehemaligen preußischen Teilgebiet herrschenden Notstände sehr treffend wiedergibt:

Die enormen Schäden, die uns das Valutagefecht mit seiner Gleichstellung der polnischen mit der deutschen Mark gebracht hat, sind bei dem jetzigen Stande der Valuta und der ungewöhnlichen Teuerung geradezu unerträglich geworden. Da die erhoffte Abänderung der Valutaordnung noch immer nicht erfolgt ist, so ist es wohl die höchste Zeit, daß die Hypotheken- und Kriegsgläubiger, die ihr Geld in deutscher Valuta ausgeborgt haben, sich zusammenzuschließen, um ihre Interessen gemeinsam und energisch zu vertreten. Die einzelne Person kann nur wenig ausrichten, und ihre Stimmen werden zu leicht überhört. Anders wirkt es schon, wenn eine große Vereinigung besteht, die Mittel aufbringt, sich einen taftkräftigen beflockten Vertreter auswählt, der in der Lage ist, an geeigneter Stelle wieder und immer wieder vorstellig zu werden, und mit dem nötigen Nachdruck auf eine Befriedung der schädlichen Folgen des Geschehens hinwirkt.

Man denkt sich in die Lage eines kleinen Rentners, der in der Kriegszeit von den Zinsen angemessen leben konnte. Jetzt erhält er die Zinsen in polnischem Gelde; er muß sogar das gefürchtete Kapital, den mühsam ersparten Lohn seiner Lebensarbeit, in polnischer Valuta annehmen, und sein Vermögen ist nach dem heutigen Kurs auf den 25. Teil des früheren Wertes zusammengeschmolzen. — Besaß er früher 100 000 M., so hat er heute nur noch knapp 4000 M. Wie lange kann er hiermit sein Leben fristen, wenn er sich den Brennstoff für den Winter und vielleicht noch Kleidung anschaffen muß? Wenn er nicht mehr erwerbsfähig ist, muß er der Armenpflege zur Last fallen oder verhungern. Wie schön hat sich dagegen die Lage des Schuldners gestaltet. Sein Grundstück ist um das 100fache des früheren Wertes gestiegen, und bei dem gegenwärtigen Valutastand kann er sich mit Leichtigkeit schuldenfrei machen. Auf der einen Seite also vollständig unverschuldet Verarmung, auf der anderen Seite Reichtum und Wohlleben ohne eigenes Gut.

Was ist das Gerechte? Kann der Gesetzgeber einen derartigen Zustand, wie ihn die Valutaordnung geschaffen hat, länger bestehen lassen? Schleunige Abänderung ist dringend notwendig! Die einfachste Lösung wäre herbeigeführt, wenn deutsche Darlehen in gleicher Münze zurückgezahlt werden müßten. Jeder Landwirt, jeder Geschäftsmann, jeder Beamte und jeder Arbeiter hat eine den Zeitverhältnissen entsprechende höhere Einnahme und kann die Teuerung zur Last ertragen, aber der kleine Rentner, dessen Einnahmen auf den 25. Teil vermindert sind, ist der Verarmung preisgegeben und muß die bitterste Not erleiden. Darum ergiebt es einer Leidensgefährten die dringende Mahnung: Schließt Euch zu einer Vereinigung zusammen, sammelt Beiträge um die Mittel bereit zu haben zu einer energischeren Vertretung Eurer Interessen. Eile tut dringend not.

Die sittlichen Zustände in Posen.

Ein Amerikaner, mit dem der Verfasser dieses Artikels eine Unterredung hatte, sagte ihm folgendes, was sich übrigens völlig mit dem kürzlich veröffentlichten Artikel des „Kurier Pog.“ über „Großstädtische Demoralisation“ deckt. Warschau, so erklärte er mir, steht unter allen Großstädten in Moral und Sitte auf der niedrigsten Stufe, an zweiter Stelle folgt aber schon Posen! Vor und während des deutschen Krieges stand Posen immer im Verhältnisse zu anderen Großstädten gut da. Heute steht es auf einem sehr tiefen Sittlichkeitsniveau. Ein außergewöhnlich großer Teil der jüngeren weiblichen Bevölkerung Posens ist völlig schamlos und verroht. Man sieht täglich, daß selbst Mädchen noch im schulpflichtigen Alter, sogar am Tage sich mit den Soldaten herumtreiben! Des Nachts, sogar nach 1 Uhr sind diese so jungen, aber schon durch und durch verdorbenen Mädchen noch auf den Bänken in den Anlagen mit Soldaten Arm in Arm anzutreffen. Morgens vor 7 Uhr habe ich wiederholt schon dasselbe beobachtet können. In den öffentlichen Tanzlokalen spottet Sitte und Moral jeder Beschreibung. Die Demimonde hat mehr Scham, als dieser unstillbare Teil der jungen weiblichen Bevölkerung! Alles raucht Zigaretten, trinkt Bier und Kognac, und dann dieses freche Tanzen mit den Soldaten! Es ist ein Bild des Gleis! Der Mann muß 50 Mark für Eintritt und Tanz zahlen! Die Dienstboten aber sogar 75 Mark. Es ist ein widerliches Bild der Verkommenheit, wie ich solches nur in Warschau und Posen angetroffen habe.

Völker, die sittlich nicht hoch stehen, werden auch nie wirtschaftlich hoch kommen, sondern Verarmung und Versumpfung gehen Hand in Hand.

Dem entsprechend wird einem solchen Staatswesen sein im Umlauf gesetztes Papiergeleid im Auslande bewertet. Nur Sittlichkeit und Arbeit kann Polen helfen. Doktoren so oder so ist nur Quatschverein. So urteilt ein Amerikaner, und das sollten die maßgeblichen Stellen wohl beachten!

F. Kr.

an der ul. Kazimierza Jackowskiego (früher Bielenstr.) eine Bande von fünf 18–14jährigen Schuljungen auf frischer Tat beim Diebstahl erfaßt und vor einem dort patrouillierenden Schuhmann zur weiteren Veranlassung in Empfang genommen. Wer aber glaubt, daß diese doch zweifellos abschreckende Tatsache die Diebe von weiterer Betätigung abhalten würde, der irrt sich. Am Sonntag mittag in der Zeit, in der die Mehrzahl der Schrebergärtner sich des Mittagessens wegen zu Hause befand, drangen vielmehr wieder Spitzbuben in die dortigen Gärten ein und häusten wie die Blödfinnigen. Das noch unreife Obst, Äpfel und Birnen, wurde von den Bäumen gerissen, das Gemüse wurde zertrampelt usw. usw. Die Spitzbuben waren diesmal, wie aus den Fußspuren deutlich zu erkennen ist, Erwachsene, es scheint sich auch eine „Dame“ darunter zu befinden zu haben.

Am Freitagvormittag nach dem Hauptbahnhof gerufen, wo, vermutlich durch Funkenspritzer aus einer Lokomotive veranlaßt, neun Eisenbahnwagen in Brand geraten waren und zum Teil vernichtet wurden.

Ein teures „Schäferstündchen“. Sonnabend abend machte ein sog. Randal auf dem Großstadtbummel die Bekanntschaft einer jüngeren Dame, von denen es um diese Zeit zum Entsetzen des anständigen Publikums in manchen Straßen geradezu wimmelt. Am folgenden Morgen vergaß die Maid nicht den goldenen Chronometer ihres Galans mit sich geben zu lassen. Der so jäh aus aller Himmel gefallene hat seinen Verlust der Polizei angezeigt, und diese hat es der Preise mitgeteilt. Somit würde die Welt seine Kenntnis von dem folgenschweren galanten Abenteuer bekommen haben.

Am Freitagvormittag wurde unsere Feuerwehr am Freitagvormittag nach dem Hauptbahnhof gerufen, wo, vermutlich durch Funkenspritzer aus einer Lokomotive veranlaßt, neun Eisenbahnwagen in Brand geraten waren und zum Teil vernichtet wurden.

Ein teures „Schäferstündchen“. Sonnabend abend machte ein sog. Randal auf dem Großstadtbummel die Bekanntschaft einer jüngeren Dame, von denen es um diese Zeit zum Entsetzen des anständigen Publikums in manchen Straßen geradezu wimmelt. Am folgenden Morgen vergaß die Maid nicht den goldenen Chronometer ihres Galans mit sich geben zu lassen. Der so jäh aus aller Himmel gefallene hat seinen Verlust der Polizei angezeigt, und diese hat es der Preise mitgeteilt. Somit würde die Welt seine Kenntnis von dem folgenschweren galanten Abenteuer bekommen haben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

	25. Juli	26. Juli
Offizielle Kurse:		
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
3% " " Buchst. Au. B	—	—
3½% " " ohne Buchst.	—	—
3½% " " Buchst. C	—	—
4% " " Buchst. Du. E	—	—
4% " " (neue) mit voln. Stempel	180 +A	—
4% Vol. Pfandbriefe	—	—
4% Vol. Provinzialobligationen	—	—
3½% Obr. Legielski	—	—
6% Schuldverschreiber der Baukredy.		
Bank Zwiazku I-VII em. (ungeist.)	270 +A	—
Bank Zwiazku VIII em. (ungeist.)	250 +A	250 +A
Bank Zwiazku IX em. (ungeist.)	340 +N	340 +N
Bank Handlowy Bognat I-VII	340 +N	340 +N
Bank Handlowy Warszawa	—	—
Bank Dystry. Rydz.-Gdański I-IV	—	—
Niwilecki, Petocci I. Ska.	495 +A	690 +
Bank Ziemiak	—	—
R. Barełkowksi I-IV em.	—	220 +A
R. Barełkowksi V em.	195 +A	190 +A
Centrala Skłt	—	650 +N
Quonai	—	—
R. Roman Maj	550 +A	550 +A
Battia	375 L N	375 +N
Rozn. Spółka Drzewna	1600 +N	—
C. Hartwig I-III em.	—	—
C. Hartwig IV em.	—	—
Cegieliski I-VI em.	270 +A	—
Cegieliski VII em.	270 +A	—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugssr.)	—	—
Watnowna Chemiczna	260-270 +A	—
Wyrobny Ceramiczny, Krościany	—	—
Drzewo Wronki	—	—
Wista	—	—
Arcana	—	—
Brzeski Auto (exkl. Kupony)	—	—
Wagon Ostrowo	175 +A	—
Wytwornia Mafzy Mafyśkich	500 +A	500 +
Herzfeld Wiktorius	368-367 +A	372 +A
Bengali	415 +A	—
Orient	200 +N	200 +
Sarmatia	—	—

Aus dem Gerichtsstaat.

* Königsberg i. Pr., 22. Juli. Wegen Bekleidung der Königberger Polizei hatte sich der Hauptredakteur der "Ostpreußischen Zeitung", Eduard Neukel, vor dem Schöffengericht zu verantworten. Gelegenheit eines Diebstahls in den Geschäftsräumen des Abwaltungsamtes 1 A.-A. bei dem ein Geldschrank mit 6000 M. Inhalt gestohlen wurde, stellte die "Ostpreußische Zeitung" fest, daß sich in demselben Gebäude eine Wache der Sicherheitspolizei befindet, und hatte hinzugefügt, die Diebe hätten nicht den genügenden Respekt vor der Polizei, bezeichneten sie sogar in ihren eigenen Räumen usw. Der Polizeipräsident überrang, stellte Strafantrag wegen Beleidigung, übler Nachrede und Verächtlichmachung der Staatsbehörde. In der Verhandlung trat der Angeklagte den Wahrheitsbeweis an. Es wurde festgestellt, daß es sich um einen wirklichen Geldschrank gehandelt habe, nicht, wie die Polizei nachträglich behauptete, um eine Kiste, die ein Mann be-

quem habe unter dem Arm tragen können; ferner, daß die Diebe sich lange Zeit in dem betreffenden Raum aufgehalten haben müssen, da sich auf dem Fußboden zahlreiche von ihnen geruchte Zigaretten und Zigarettenstummel befanden. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis für gelungen. Bei Beurteilung der übrigen Ausführungen des Artikels war es sich im Zweifel, ob eine Bekleidung oder nur eine Kritik vorliege, weshalb auf Freisprechung erkannt wurde. — Wegen umfangreicher Scheinforschungen verurteilte die Strafammer den Buchhalter Johannes Schüttauf zu 2½ Jahren Gefängnis und 4 Jahren Chorverlust. Der Angeklagte hatte die Firma, bei der er beschäftigt war, durch Fälschung von sieben Überweisungs- und vierzehn Kassenpostchecks um 54000 M. geschädigt. Das Geld hat er teils zur Anschaffung von Ausstattungsgegenständen, teils zur Befriedigung der überkommenen Bedürfnisse seiner Frau verwendet. Der Angeklagte war wegen gleichartiger Vergehen bereits zweimal erheblich vorbestraft.

Briefkasten der Schriftleitung.

Aussküsse werden unsern Lesern gegen Entsendung der Bezugsschätzung entgegnet; aber ohne Sendung erstellt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit freier Marke beilegt.

Fr. B. in Schr. Ihre Aussicht über die von uns veröffentlichte Anordnung teilen wir vollkommen; sie will der plan- und zielförmigen Abwicklung vorbeugen.

A. B. Nr. 100. Unsere Bemühungen, die betreffenden Bestimmungen über die Grenzregulierung beim Vorstich festzustellen, waren vergeblich. Vielleicht wenden sie sich einmal, unter Beifügung eines mit Briefmarke versehenen Briefumschlages, mit Ihrer Anfrage an Herrn Guts- und Mühlensitzer Paul Schilling in Nowy Młyn, von Poznań-Ost.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Franz Buchatz; für Volks- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrecht; für den Ausgelese: W. Gründmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Müller in Poznań.

GUTTALIN Beste Schuhpasta

Friedensqualität.

Fabryka Przetworów Chemicznych

M. Stomnicki,

Warszawa, ul. Leszno Nr. 73.

Tel. 174-34 i 234-34.

Vertreter für die Provinz Posen: Fritz Küne, jetztl. Inh. Szezakowski i Trendowicz, Poznań, Przeźnicza Nr. 6. — Vertreter für Pommern: T. Joachimczyk, Grudziądz, Toruńska Nr. 27/29. Telefon 30!

Statt Karten.

Die Verlobung meiner Nichte Helen mit dem Buchdruckerseßlicher Herrn Paul Bachwitz zeige ich hierdurch an.

Herrliche Memeldorf.

2176] Paul Bachwitz.
Charlottenburg,
Wielandstr. 13
den 12. Juli 1921.

Siettin-Newestadt,
Hallenwalderstr. 79a,
den 12. Juli 1921.

Statt besonderer Anzeige.

Am 18. Juli entschließt sanft nach langem Zögern meine geliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter und Schwester

Kaulisch, Regierungsrat.

Eva Hildeburg Kaulisch,

Bernhard Kaulisch, stud. jur. et rer. pol.

Franz Lucie Kaulisch,
geb. Ploch. MB 3884
Potsdam, den 20. Juli 1921.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Kaulisch, Regierungsrat.

Eva Hildeburg Kaulisch,

Bernhard Kaulisch, stud. jur. et rer. pol.

Wir haben unser Posener Bureau vorläufig mit unserer Filiale
in Danzig vereinigt.
Anfragen bitten wir zu richten an
Gebr. Körting A.-G.
Danzig, Hansplatz 7.

Catu-Gewebe

ermögl. raschste Ausführung von Wand- und Deckenputz für alle Wohnhausbauten, Notwohnungen.

E. KETTLER, Poznań, ulica Jackowskiego 30a, 2 Tr.

Zu kaufen gesucht —
auch für Amerikaner

Grundbesitz jeglicher Art, sowie kleine
Wirtschaften, Güter, Landwirtschaften,
Dampf- u. Wassermühlen, Häuser usw.
M. Wegner, Poznań, ulica Półwiejska 31,
Telefon 1811.

Dampfsägewerk
oder ein kleines Gut
zu kaufen gesucht. Offerten an Staniewicz, Poznań,
ulica Wierzbowia 2.

Gutsverm. Gąjewo bei Chełmża (Pommern) hat noch
8 einjährige Frühreise
Merino-Fleischschafböcke
zu verkaufen.

Verläufe 2,1 dtsch. Kurzhaarwelpen,
Brauntiger, geboren am 19. 6. 21 nach Eiro Uhlenhof St.
K 116 P. (v. Rino vom Kreithof Schönerlinde) aus Arz-
hof. 2 dtsch. Schäferhunderüden,

12 Wochen alt, aus scharien Gütern.
Uhle, Gorzowo (Uhlenhof) bei Ryzywo.

2157

2158

2159

2160

2161

2162

2163

2164

2165

2166

2167

2168

2169

2170

2171

2172

2173

2174

2175

2176

2177

2178

2179

2180

2181

2182

2183

2184

2185

2186

2187

2188

2189

2190

2191

2192

2193

2194

2195

2196

2197

2198

2199

2200

2201

2202

2203

2204

2205

2206

2207

2208

2209

2210

2211

2212

2213

2214

2215

2216

2217

2218

2219

2220

2221

2222

2223

2224

2225

2226

2227

2228

2229

2230

2231

2232

2233

2234

2235

2236

2237

2238

2239

2240

2241

2242

2243

2244

2245

2246

2247

2248

2249

2250

2251

2252

2253

2254

2255

2256

2257

2258

2259

2260

2261

2262

2263

2264

2265

2266

2267

2268

2269

2270

2271

2272

2273

2274

2275

2276